

Karl Mai

## Zur Kritik neoliberaler Sichtweisen der ökonomischen Verteilung zwischen Arbeit, Kapital und Staat<sup>1</sup>

### Inhaltsübersicht:

1. Zur deutschen Abgaben- und Steuerquote
2. Zur deutschen Sozialleistungsquote
3. Zur Belastung der Brutto-Löhne mit Abgaben
4. Zur deutschen Gewinnquote, Gewinnhöhe und -besteuerung
5. Zur vergleichenden Abgabenbelastung von Arbeit, Kapital und Konsumtion
6. Zu den Arbeitskosten und Lohnstückkosten
7. Zur produktivitätsgerechten Lohnerhöhung
8. Staatsverschuldung und privates Geldvermögen

„Rot-Grün hat jährlich 60 Milliarden Euro an Steuern verschenkt... Für Vermögende ist das doppelt profitabel: Was sie früher an Steuern zahlten, verleihen sie jetzt an den Staat - und erhalten dafür Zinsen.“ (Ulrike Herrmann, taz vom 22.7.05)

Das organisierte Geschrei der Meinungsführer wegen angeblich zu hoher Abgaben, zu hoher Sozialleistungen, zu hoher Gewinnsteuern auf Kapitaleinkommen, zu hoher Arbeitskosten und zu hoher Neuverschuldung dröhnt aus allen Medien in die Gehirne der einfachen Bürger und unterwirft sie dem Mainstream einer Ideologie der *entfesselten* Kapitalinteressen. „Blind und taub“ gegenüber den nachprüfbaren Fakten, wird eine weitere Verschiebung der volkswirtschaftlichen Verteilungsergebnisse zugunsten der *Kapitalrenditen* eingefordert. Die SPD-geführte Bundesregierung bahnte durch ihre sozial *einseitige* Senkungspolitik bei Steuern und SV-Abgaben dazu den Weg. Es ist daher von besonderer Wichtigkeit für eine neue Linkspartei in diesem Wahlkampf, diese *neoliberale Massensuggestion* zu durchkreuzen und die vom zinstragenden Geldvermögensbesitz ausgeschlossenen Teile der Bevölkerung sachgerecht<sup>2</sup> zu informieren.

### 1. Zur deutschen Abgaben- und Steuerquote

Das öffentliche „Trommelfeuer“ richtet sich vordergründig gegen die Höhe der deutschen Sozialabgaben und damit gegen die Höhe der volkswirtschaftlichen *Abgabenquote* am Bruttoinlandprodukt (BIP), die neben den direkten und indirekten Steuern auch die Sozialabgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern enthält. (Die oft genannten „Lohnnebenkosten“ sind nur zu jenem gesetzlichen Anteil hieran beteiligt, der an die Sozialkassen direkt abgeführt werden muss.)

Dass die deutschen Sozialabgaben insbesondere den Unternehmern zu hoch erscheinen, liegt nicht nur an der Höhe der Quote, sondern auch an jenem gesetzlichen Anteil davon, den die Unternehmer *selbst* kostenseitig zu tragen haben und der ihre Bruttogewinne verkürzt. Doch dieser Unternehmeranteil hat sich in den letzten Jahren keineswegs erhöht, sondern partiell sogar erniedrigt, indem teilweise die *paritätische* Finanzierung der Sozialbeiträge zwischen Kapital und Arbeit einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer verändert wurde.

Die offiziellen Daten zeigen, dass sich im letzten Jahrzehnt die *Abgabenquoten* (also *einschließ-*

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Artikel ist eine erweiterte Fassung des Textes in „Sozialismus“ Heft 8/9 2005

<sup>2</sup> Nach dem Statistik-Stand 30.6.05

lich Steuern, in Relation zum BIP) keineswegs besorgniserregend erhöht haben. Zwischen 1993 und 2003 veränderte sich *gemäß VGR* die volkswirtschaftliche Abgabenquote effektiv von 41,1 % auf 41,2 %, darunter allein die Steuerquote von 22,9 % auf 22,6 %. <sup>1</sup> Dies steht im eklatanten Gegensatz zu der oft beschworenen „Gefahr“ einer steigenden Staatslast am BIP.

Im internationalen Vergleich ergibt sich für 2003 folgender Stand bei den Abgabenquoten am BIP nach *OECD*-Angaben: Deutschland 36,2 % (41,2 %) <sup>2</sup>, Österreich 43,0 %, Italien 43,4 %, Frankreich 44,2 %, Belgien 45,8 %, Dänemark 49,0 %, Schweden 50,8 %, Finnland 44,9 %, Tschechien 39,9 %, Großbritannien 35,3 %. In manchen ökonomisch noch wachsenden EU-Ländern liegen die Abgabenquoten also eindeutig und z. T. bedeutend *über* den deutschen. <sup>3</sup>

Hingegen liegt die *Steuerquote* am BIP für 2003 nach BMF-Angaben <sup>4</sup> in Deutschland mit 21,5 % *am niedrigsten* im EU-15-Vergleich. Sie liegt damit um zehn Punkte oder mehr *unter* der von Dänemark (47,3 %), Finnland (32,9 %) oder Schweden (36,1 %). Sie liegt aber auch deutlich unter der von Frankreich (27,5 %), Italien (30,5 %), Österreich (28,4 %) und Großbritannien (28,9 %). Von einer „erdrückenden“ Steuerlast, die den Staat als *Vampir* am Volkseinkommen erscheinen lässt und die dringend reduziert werden müsste, kann man folglich nicht ernsthaft sprechen. Insofern hat der immerwährende Ruf nach Steuersenkungen u. a. aus den Kreisen der liberal-konservativen Politiker rein politisch-ideologische Gründe des Neoliberalismus.

Die staatlichen Abgaben fließen als Staatsausgaben vollständig in den wirtschaftlichen Kreislauf zurück und sichern somit die notwendige Höhe der öffentlichen (konsumtiven und investiven) Ausgaben einschl. der sozialen Transfers. Sie stehen auch in keiner Minderungsrolle für private Investitionsfinanzierungen, wie oft suggeriert wird. Hinter der gesamten Abgabenquote verbergen sich u. a. die Finanzierung von staatlicher Bildung und Forschung, eines bedeutenden Anteils der Sozialleistungen des Staates <sup>5</sup> sowie eines öffentlichen Sektors der Wirtschaft nebst der staatlichen Auftragvergabe an die private gewerbliche Wirtschaft für öffentliche Investitionen ebenso wie die Ausgaben der Staatsmacht in Form des gesamten Staatsapparates. Insofern führt der Kampf um eine drastische Senkung der Abgabenquote im Kern zu einem strukturellen zivilisatorischen Rückschlag in der Gesellschaft – ein Widerspruch zum global eingeforderten „Standortwettbewerb“.

*Weder die international außergewöhnlich niedrige Steuerquote noch die relativ günstige gesamte Abgabenquote am BIP hatten erreichen können, dass die deutsche Binnenkonjunktur in den letzten drei Jahren schneller aus der Flaute herauskam. Es haben insbesondere die Kürzungen der öffentlichen Investitionen eher das Gegenteil bewirkt. Die neoliberale „Medizin“ verfehlte ihre beabsichtigte Wirkung in Deutschland.*

## 2. Zur deutschen Sozialleistungsquote

Deutschland hat eine Spitzen-Sozialleistungsquote (am BIP) mit hohen Zuschüssen aus dem jährlichen Steueraufkommen. Nach nationaler Statistik wurden 2003 allein aus Steuermitteln finanziert: 34 Mrd. Euro für staatliche Pensionen der Beamten von Bund, Ländern und Gemeinden, 16,2 Mrd. Euro für Familienzuschläge und Beihilfen im Öffentlichen Dienst, 71 Mrd. Euro für Bundeszuschüsse in die Rentenversicherung, 75 Mrd. Euro für indirekte Leistungen (Subventionen) mittels sozial motivierter Steuervergünstigungen. <sup>6</sup> Die gesamten Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln in das staatliche Sozialbudget betragen 272,7 Mrd. Euro oder 38,6 % des *Sozialbudgets* 2003. Die gesamte Sozialleistungsquote am BIP wird nach nationalen Abgrenzungen vom BMGS für 2003 mit 32,6 % angegeben. <sup>7</sup>

Nach *international* vergleichbaren Angaben für das Jahr 2001 liegt die gesamte deutsche *Sozial-*

*leistungsquote* von 29,8 % des BIP über dem EU-15-Durchschnitt von 27,6 % des BIP, während für Frankreich sogar 30,0 % des BIP angegeben werden. In Schweden werden 31,4 %, für Dänemark 29,4 %, für Österreich 28,6 % und für Großbritannien 27,6 % des BIP für Sozialleistungen ausgegeben. <sup>8</sup> *Danach kann von einer extrem hohen Sozialleistungsquote auch in Deutschland nicht gesprochen werden.*

Deutschland gibt also 2,2 % vom BIP *mehr* für Sozialleistungen aus als der Durchschnitt der EU-15-Staaten – das entspricht Mehrausgaben von 45,5 Mrd. des nominellen nationalen BIP von 2001 oder vergleichsweise ca. 90 % des o. a. jährlichen Volumens der *Pensionen und Beihilfen* für den Öffentlichen Dienst aus Steuermitteln.

Die „hohe“ Bewertung für Deutschland relativiert sich weiter nach unten, wenn man die streng definierten vergleichbaren „Sozialschutzleistungen“ *je Kopf* der Bevölkerung nach umgerechneten Kaufkraftstandards (KKS) vergleicht. <sup>9</sup> Hiernach beträgt für 2002 der EU-15-Durchschnitt 6.472,3 KKS, wobei Deutschland mit 7.029,4 KKS auf ein Niveau von 108,6 % kommt. Noch höher liegen die „Sozialschutzleistungen“ in den Niederlanden mit 7.164,8 KKS, Frankreich mit 7.330,7 KKS, Dänemark mit 7.862,3 KKS und Schweden mit 7.891,8 KKS. Diese Unterschiede sind objektiv durch den BIP-Leistungsstand *und* durch die Verteilungspolitik in diesen Ländern gleichermaßen bedingt. *Insofern ist es logisch nicht einsehbar, die aktuell niedrigen Wachstumsraten Deutschlands mit einem vermeintlich überhöhten Sozialstandard zu begründen, der angeblich grundlegend „modernisiert“ werden müsse.*

Vorstehende Sozialleistungen und Sozialquoten beziehen sich auf *Brutto*-Angaben, d.h. *ohne* Berücksichtigung von steuerlichen Abzügen auch von den direkten Sozialleistungen. Bezogen auf die Netto-Sozialquoten – die statistisch in der EU noch nicht vergleichbar erfasst werden – ist jedoch mit einem weiteren Abschlag vom nominellen deutschen Vorsprung gegenüber einigen anderen Ländern zu rechnen. <sup>10</sup>

Eine *Senkung* der deutschen Sozialabgaben würde direkt eine kompensatorische Erhöhung der steuerlichen Zuschüsse des Bundes, oder aber eine deutliche Verkürzung der staatlichen Leistungen voraussetzen. Letzteres soll aber durch den Aufbau privater Versicherungssysteme zulasten der laufenden Netto-Löhne der Bürger *außerstaatlich* kompensiert werden.

Dies bildet die neoliberale Variante der Sozialpolitik, die *zum Abbau des Sozialstaates und seiner Leistungen führt*. Sie schließt auch eine zunehmende Umfinanzierung von staatlichen Leistungen in den Bereich privater Zusatzversicherungssysteme ein, die zu einem bedeutenden Anwachsen der spekulativen Aktivitäten von privaten Alterssicherungsfonds führt. Wie u. a. die USA-Praxis bereits erwiesen hat, wird dadurch die Labilität des globalen Finanzsystems verstärkt und auch dazu beigetragen, in globalen Spekulationsschüben und Finanzmarktkrisen die Renditen aus beteiligten Alterssicherungsfonds zu schmälern.

Konterkariert wird eine defizitfreie SV-Rentenfinanzierung durch die aktuelle Ausweitung des Sektors der Niedriglöhne und der Ein-Euro-Jobs, die zusätzliche Einnahmeverluste der SV-Kassen *je Beschäftigten* bewirken und darüber hinaus das durchschnittliche Lohnniveau und damit die künftigen Rentensteigerungen und das Rentenniveau noch spürbarer drücken.

Am Ende ist die Hoffnung der Bürger auf *hohe* ausgleichende Rentenleistungen durch die private Rentenversicherung immer auf Sand gebaut, denn der Fiskus schlägt auch hier später mit einer nachgelagerten Besteuerung hart zu. Die private Chance, wieder das früher staatlich garantierte Netto-Rentenniveau zu erreichen, ist denkbar gering, nicht zuletzt auch durch den sich langfristig aufbauenden Preisinflationsindex, der zur Senkung der *realen* Netto-Renten-Gegenwerte führen muss. <sup>11</sup> *Die neoliberale Demagogie zwecks „Umbau“ und Sanierung des staatlichen Sozialversicherungssystems treibt ihre gläubigen Opfer letztlich in den sozialen Abstieg.*

### 3. Zur Belastung der Brutto-Löhne mit Abgaben

Neben der Abgabenquote am BIP steht die Belastung der Brutto-Löhne mit Abgaben im Zentrum der kontroversen Argumentation. Dabei wird den Arbeitnehmern fortgesetzt suggeriert, wie stark ihre Interessen und ihre realen Einkommen durch diese Abgabenlast auf ihr Lohneinkommen „leistungsfeindlich“ gemindert werden. Allerdings geraten die Exponenten der Unternehmerlobby dabei in Widerspruch zu den Bestrebungen, die Netto-Löhne wiederum zur Finanzierung von privaten Alters-Sicherungssystemen effektiv und langfristig zusätzlich zu belasten.

Betrachtet man die offiziellen statistischen Daten der OECD,<sup>12</sup> so liegt Deutschland im Jahre 2003 hinsichtlich des Anteils der Lohn-/Einkommenssteuern an den Durchschnittsverdiensten mit 21 % noch unter Schweden (24 %), Finnland (25 %), Island (25 %), Belgien (27 %), Dänemark (32 %) auf gleicher Höhe wie Neuseeland (21 %), gemessen an der ausgewählten Personengruppe „Alleinstehende ohne Kinder“.

Die *gesamte Abgabenlast* auf den Durchschnittsverdiensten beträgt in Deutschland nach den aktuellen OECD-Daten 42 % und in Dänemark ebenfalls 42 %, gefolgt von Belgien mit 41 %, erst dann rangieren Finnland, Schweden und Polen mit jeweils 31 %. Hier hält Deutschland zwar die Spitzenposition, aber dies gilt ausdrücklich *nur* für die genannte Personengruppe „Alleinstehende ohne Kinder“. Die „Nettolohnquoten“ am Bruttolohn sind demnach für „Alleinstehende ohne Kinder“ in Deutschland *am niedrigsten und damit ungünstigsten*.

Nach familiären Klassen differenziert, betragen nach BMGS-Angaben<sup>13</sup> die „Nettolohnquoten“ am Wochenverdienst von *Facharbeitern* im Produzierenden Gewerbe für 2003 z. B. bei einem Ledigen ohne Kind 58,9 %, bei einem Verheirateten mit einem Kind 76,1 % und bei einem Verheirateten mit zwei Kindern 81,7 % der Bruttoeinkommen. Diese und andere Abstufungen sind rein national geregelt. Daher sind eigentlich nur Vergleiche zu Durchschnittszahlen für die nationalen Nettolohnquoten aussagekräftig.

Nach aktuellen Angaben der Statistik liegt die *durchschnittliche* „Nettolohnquote“ in Deutschland 2003 bei 64,7 %, d.h. die Abgabenlast beträgt für *alle* abhängig Beschäftigten vom Lohneinkommen *durchschnittlich* 35,3 %. Letztere hat sich seit 1993 zwar um 3,9 % erhöht, allerdings in den Jahren seit 1998 nur noch um 0,7 %.<sup>14</sup>

Speziell die Belastung mit Sozialabgaben für *westdeutsche* Arbeitnehmer stieg von 1990 (vor der Vereinigung) bis 2003 um 3,1 %-Punkte der gesamten Beitragssätze an, wobei 0,85 % auf die neu eingeführte Pflegeversicherung und nur 1,0 % auf die Arbeitslosenversicherung entfällt. Daraus wird ersichtlich, dass sich auch die hierin enthaltenen *vereinigungsbedingten* Anhebungen der Renten- und Krankenversicherungsbeiträge in recht engen Grenzen halten.<sup>15</sup>

Diese Sachlage zeigt, dass die deutschen Lohnabhängigen mit ihrer effektiven durchschnittlichen Abgabenlast *keine* extreme Position aus internationaler Sicht haben (siehe auch Tabelle 2), zumal sie hinsichtlich ihrer durchschnittlichen Kaufkraft *im internationalen Vergleich* von 30 Staaten der OECD-Statistik *nach Australien und Dänemark an dritthöchster Stelle der Verdienstsкала rangieren*. Die Suggestion von den „leistungsmindernden“ Lohnabzügen verliert im internationalen Vergleich ihre Berechtigung, da diese Abzüge fundamentale gesellschaftliche Leistungen finanzieren und international üblich sind.

### 4. Zur deutschen Gewinnquote, Gewinnhöhe und -besteuerung

Die „bereinigte Lohnquote“ am Volkseinkommen (VE) sank nach BMF-Angaben<sup>16</sup> im letzten Jahrzehnt von 1993 bis 2003 von 73,4 % auf 71,8 %, d.h. um 1,6 %-Punkte. Komplementär dazu

stieg also die Gewinnquote am VE um diese 1,6 %-Punkte an, wodurch sich die *realisierten Bruttogewinne* aus dem Volkseinkommen allein für 2003 infolge dieser veränderten Primärverteilung um 25,16 Mrd. Euro erhöhten. (VE für 2003 = 1.572.630 Mrd. Euro)

Im *internationalen* Vergleich schneidet für 2003 die deutsche Gewinnquote *am BIP* sehr gut ab, wie aus folgenden indirekten Angaben <sup>17</sup> (als Differenz zwischen BIP und Lohnanteil) ersichtlich ist: Deutschland 33,1 %, Frankreich 31,4 %, Italien 32,4 %, Großbritannien 27,3 %, EU-15-Staaten 31,7 %, USA 32,4 %, Japan 32,2 %. Im Vergleich zu den EU-15-Staaten realisierte Deutschland aus seinem nationalen BIP eine um 1,4 % höhere Gewinnquote, was für 2003 einen Brutto-Mehrgewinn von 30,3 Mrd. Euro ausmacht. (Hier wirkt sich im Ergebnis der Wechsel in der Bezugsbasis von VE-Anteilen auf BIP-Anteile statistisch aus.)

Destatis gibt außerdem an, dass für 2003 der Anteil der „Unternehmens- und Vermögenseinkommen“ *am Volkseinkommen* in einigen wichtigen Industrieländern deutlich *unter* dem des deutschen Anteils liegt, und zwar in Großbritannien, Japan, Frankreich, Schweden, Belgien, Dänemark. <sup>18</sup> Für Dänemark und Schweden beträgt die Differenz zu Deutschland ca. 7 %-Punkte zugunsten der Arbeitsentgelte. Dies deutet schon auf den Zusammenhang zwischen Wachstumsraten und relativer Höhe der Masseneinkommen in diesen Ländern hin.

Die Statistik weist aus, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den letzten zehn Jahren zwischen 1993 und 2003 absolut *brutto* um 122,1 Mrd. Euro und *netto* sogar um 127,0 Mrd. Euro gestiegen sind. Der verbleibende Netto-Anteil wuchs hierbei um 6,3 % auf nunmehr 87,6 % an. <sup>19</sup> Allein dies erhöhte die Nettogewinne für 2003 im Vergleich zu 1993 um 27,7 Mrd. Euro.

Der dementsprechende Gewinnsteueranteil minderte sich schrittweise auf 12,4 % des Bruttogewinns im Jahre 2003. Damit sanken auch die realisierten volkswirtschaftlichen Gewinnsteuern von 1993 zu 2003 jährlich absolut von 59,5 Mrd. Euro auf 54,6 Mrd. Euro. Dies, obwohl das nominelle BIP in diesem Zeitraum *um 475 Mrd. Euro anstieg*. <sup>20</sup> Damit wird sichtbar, dass trotz des BIP-Leistungsanstiegs zwischen 1993 und 2003 nicht nur kein Zuwachs der Gewinnsteuern eintrat, sondern sogar -4,9 Mrd. Euro vom Kapitaleinkommen *weniger* für das Jahr 2003 in die Kassen des Fiskus flossen. *Der BIP-Leistungsanstieg dieses zurückliegenden Jahrzehnts erscheint am Endergebnis als gewinnsteuerlich „ausgeblendet“*. Dieser Fakt steht natürlich unter dem totalen Tabu der tonangebenden Exponenten.

Ferner: Im BMF wurde für 2004 geschätzt, dass von deutschen Kapitalgesellschaften Gewinne von ca. 50 Mrd. Euro der nationalen Besteuerung entzogen worden sind. <sup>21</sup>

Das *WSI* hatte im „Verteilungsbericht 2004“ allein für die *Kapitalgesellschaften* zwischen 2000 und 2003 ebenfalls einen hohen Rückgang der direkten *effektiven* Gewinnbelastungen ausgewiesen, und zwar von 34,60 Mrd. Euro auf 16,2 Mrd. Euro, obwohl die zugehörigen Bruttogewinne von 285,8 Mrd. Euro auf 303,1 Mrd. Euro anstiegen. <sup>22</sup> Der auffällige Rückgang der direkten Gewinnbesteuerung zwischen 2000 und 2003 in diesem Unternehmensbereich schließt also aus, dass z. Z. eine wettbewerbsbezogene Benachteiligung aus der verbleibenden Höhe der tatsächlichen Gewinnsteuern existiert.

Parallel zur günstigen Entwicklung der volkswirtschaftlichen **Bruttogewinne** verlief also eine zunehmende Entlastung der Kapitaleinkommen von der *Gewinnbesteuerung*, die eigentlich nur dadurch motiviert ist, dass die Unternehmensverbände stetig ihren Druck auf eine weitere generelle Senkung der Unternehmensbesteuerung verstärken. So wurden in der EU weitere Runden des Steuersenkungswettbewerbs ausgelöst, deren verheerende Wirkung auf die Finanzierung von Sozialleistungen inzwischen unübersehbar ist.

Wie Prof. Jarass<sup>23</sup> zum *internationalen* Vergleich hervorhebt, gibt die EU-Statistik für das Jahr 2002 eine durchschnittliche *effektive* Kapitalbesteuerung in der EU-15 (einschl. Grund- und Vermögenssteuern) von 30 % an, wobei *Deutschland mit 21 %* die absolut niedrigste effektive Besteuerung zu tragen hat (ohne Grund- und Vermögenssteuern nur 17 %).

Seit dem Jahre 2000 haben die Kapitalgesellschaften aus den Reformen der Körperschaftssteuern und veränderten Steuervorschriften enorme Vorteile gezogen, aber auch die Personengesellschaften sind nicht leer ausgegangen sind.<sup>24</sup> (Tabelle 1)

Tabelle 1: Effektive Kapitalbesteuerung und Ertragssteuern, in Mrd. Euro

Jahr	Kapitalgesellschaften (2)	Personengesellschaften und Selbständige (3)	<i>Nachrichtlich:</i> Dividendensteuer d. Kapitaleigner	Summe (2) + (3)
2000	43	38	14	81
2001	16	34	21	50
2002	19	32	14	51
2003	25	28	9	53

Quelle: Jarass/Obermair, diese Daten beinhalten keine Sozialabgaben

Die rein *tarifliche* Steuerbelastung der Unternehmen (im Unterschied zur effektiven) zeigt dagegen im *internationalen* Vergleich für Deutschland noch eine hohe nominelle Besteuerung für das Jahr 2004 an, die sich rechnerisch ergibt, weil neben der *zentralen Gewinnbesteuerung* von 26,4 % (inklusive der 5,5 % Solidaritätszuschlag) noch die pauschalisierte Höhe der Gewerbesteuer mit 16,7 % ausgewiesen wird, wobei letztere aber auf die Einkommenssteuer *anrechenbar* ist.<sup>25</sup> Ohne diese Gewerbesteuer lag die deutsche nominelle Unternehmensbesteuerung (26,4 %) also im Jahre 2004 unter der von Belgien (34 %), Dänemark (30 %), Frankreich (35,4 %), Italien (33 %), Niederlande (34,5 %), Österreich (34 %), USA (35 %), Japan (30 %). Diese Relationen sind aber im Fluss, da der internationale Steuersenkungswettbewerb unvermindert andauert.

Nach der Studie von Jarass/Obermair zur Steuerpolitik (2004) sank die *effektive* Besteuerung des „Unternehmens- und Vermögenseinkommens“ von 2000 bis 2003 von 25 % auf 16 % ab, während die Belastung der Arbeitnehmerentgelte sich nur von 37 % auf 36 % verringerte.<sup>26</sup>

Nach OECD-Angaben von 2005 betragen die zuletzt für 2001(!) angegebenen direkten Steuern auf „income and profits“ („Einkommen und Profite“) *in % vom BIP* im EU-15-Durchschnitt 14,6 %, jedoch in Deutschland nur 10,6 %. Für Großbritannien dagegen waren 14,8 %, für Italien 14,4 % und für die USA 14,1 % vom BIP ausgewiesen. Wenn diese Daten inzwischen für 2004 abweichen, zeigen sie doch die national abweichenden Bezugspunkte für die noch laufende internationale Senkungsrunde bei Direktsteuern.<sup>27</sup>

Für juristische und natürliche Personen existieren in einigen Staaten im Jahre 2004 noch *Vermögenssteuern*, so z. B. in Frankreich, Spanien, Schweden, Finnland, Schweiz. (In den USA bestehen „property taxes“ in verschiedenen Teilstaaten.)<sup>28</sup>

*Der lobbyistische Kampf gegen eine Vermögensbesteuerung in Deutschland begünstigt die eskalierende Zunahme des zinstragenden privaten Geldvermögensbesitzes und verschärft die generationsübergreifende enorme Vermögensungleichheit in Deutschland.*

Das individuelle „Leistungsprinzip“ der Neoliberalen wird damit historisch ausgehebelt und verkommt zur kaschierenden Phrase für das System des dominierenden Rentierkapitalismus.

Die „Finanzierungssalden“ als Überschüsse der „Privaten Haushalte“, die auch die *entnommenen* Gewinne aus den Unternehmen und eigenen Kapitalvermögen als privates Einkommen spiegeln, wuchsen in dem Jahrzehnt zwischen 1993 und 2003 jährlich in großen Schritten an, die absolut

über den jeweils neu erfassten staatlichen Gewinnsteuern lagen. Diese „Finanzierungssalden“ (als volkswirtschaftlicher Überschuss der privaten Geldsparbeträge über die private Sachvermögensbildung eines Jahres) stiegen von 72,5 Mrd. Euro im Jahre 1993 auf 125,5 Mrd. Euro im Jahre 2003 an, besonders stark jedoch in den Jahren seit 2001.<sup>29</sup> Diese privaten Finanzierungssalden bilden auch eine Hauptquelle für die hohe *inländische* Schuldenaufnahme des Staates pro Jahr. (Siehe Gliederungspunkt 8)

Insgesamt bewirkten alle Steuersatzsenkungen im privaten und wirtschaftlichen Bereich einen Rückgang der tariflichen Belastungen in Höhe von -59,1 Mrd. Euro pro Jahr.<sup>30</sup> Infolge des überwiegend ausbleibenden Effekts auf die Sachinvestitionen und damit auf das Wirtschaftswachstum erfuhr die Bundesregierung die größten Enttäuschungen. Die Gewinnzuwächse aus der Verteilungspolitik flossen im Unternehmensbereich vorzugsweise in höhere Beteiligungen, Fusionen und in exzessive „Übernahmeschlachten“, die anwachsende Liquidität banden. Die verlockenden Verheißungen von zusätzlichen Vollzeit-Arbeitsplätzen durch Steuersenkungen verwandelten sich in der Praxis in *rigorosen Arbeitsplatzabbau im Interesse des „Shareholder values“ der großen Aktienkapitalbesitzer bei der „Marktberreinigung“*. Die Schrumpfung des Binnenmarktes wurde so von sprunghaften Profitsteigerungen nicht nur begleitet, sondern infolge relativ zurückbleibender Masseneinkommen auch erzeugt.

## 5. Zur vergleichenden Abgabenbelastung von Arbeit, Kapital und Konsumtion

Der internationale Vergleich der „impliziten“ Abgabenbelastung von Arbeit, Kapital und Konsumtion gibt weitere Aufschlüsse über die tatsächliche Situation für Deutschland im internationalen Steuersenkungswettbewerb. Bezogen auf die *Relationen* der direkten Abgabenanteile der volkswirtschaftlichen Einkommen aus Arbeit und Kapital sowie der indirekten Steueranteile aus der Konsumtion an ihren spezifischen Grundgesamtheiten (Arbeit, Kapital, Konsumtion) zeigen die offiziellen EU-Daten folgendes:

Tabelle 2: Vergleich der relativen Abgaben-/Steuerbelastungen in EU-Staaten für Arbeit, Kapital und Konsumtion für das Jahr 2002 \* (Auszug)

	Arbeit	Kapital	Konsumtion
<i>Deutschland</i>	39,9	20,9	18,3
Belgien	43,5	30,3	21,7
Dänemark	39,9	28,8	33,7
Spanien	30,0	29,6	16,3
Frankreich	41,8	36,3	17,4
Italien	41,1	28,1	17,1
Niederlande	31,9	29,6	24,2
Österreich	39,2	28,5	22,0
Finnland	43,9	30,3	28,0
Schweden	46,6	31,5	30,6
Großbritannien	24,6	30,8	21,3

\* Quelle: Eigene Zusammenstellung aus den Tabellen der EU-Kommission, „Structures of the taxation systems in the European Union“, Ausgabe 2004, Statistische Tabellen

Die vorstehenden Angaben belegen deutlich die sehr günstige Vergleichsposition Deutschlands für 2002 in der jeweiligen Abgabenbelastung bei Kapital und Konsumtion. Die wichtigsten großen Wettbewerber-Staaten der EU-15 tragen eine wesentlich höhere spezifische Belastung bei Kapitaleinkommen. Letztere lag für das Jahr 2000 noch für Deutschland bei 27,7 % und hatte sich durch die rot-grünen Unternehmenssteuerreformen bis zum Jahr 2002 auf 20,9 % abgesenkt,

darunter bei der effektiven Besteuerung von „Capital and business income“ von 23,5 % auf 16,9 %.

*Dies belegt eindrucksvoll die sozialpolitische Rolle der offiziellen Steuersenkungsmanie zugunsten der deutschen Kapitaleinkommen im europäischen Vergleich und widerlegt die vorgeblichen „Notwendigkeiten“ für die niedrige Gewinnbesteuerung. Gleichzeitig wird die relative soziale Schieflage zwischen der Belastung von Arbeit (39,9 %) einerseits und Kapital (20,9 %) andererseits in Deutschland überdeutlich, die im Vergleich mit den anderen EU-Staaten extrem günstig für die Kapitaleinkommen ausfällt.*

## 6. Zu den Arbeitskosten und Lohnstückkosten

Der Begriff „Arbeitskosten“ fungiert in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) unter „Arbeitsentgelte“ und ist als „Bruttolohn- und Gehaltssumme“ *zuzüglich* der arbeitgeberseitigen „Lohnnebenkosten“ = „Personalnebenkosten“ definiert. Für 2004 beträgt dieser Betrag der „Lohnnebenkosten“ immerhin 222 Mrd. Euro in der Volkswirtschaft. Er enthält als Hauptbestandteile die „Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung“ (198 Mrd. Euro)<sup>31</sup>, die „Betriebliche Altersversorgung“ und die betrieblichen „Aufwendungen für die berufliche Bildung“.

Zu den deutschen Arbeitskosten *je Stunde* in der Gesamtwirtschaft mit 24,13 Euro für das Jahr 2003 hat die aktuelle *IMK-Studie* aus der HansBöckler-Stiftung jetzt gezeigt, dass Deutschland nach Belgien, Frankreich und den Niederlanden erst an *vierter* Stelle in der EU rangiert.<sup>32</sup> Allerdings ist der Abstand innerhalb dieser Ländergruppe gering, denn er liegt meist nur im Cent-Bereich. Weil aber im internationalen Wettbewerb zunächst der *Produktionssektor* steht, soll diese vorstehende Aussage nun konkreter ergänzt werden.

Im *internationalen Vergleich* stuft die OECD-Statistik (für das Jahr 2003)<sup>33</sup> die nationale Arbeitskostenhöhe in der Rangfolge der „Durchschnittskosten für allein stehende Arbeitnehmer (ohne Kinder) im *Produktionsbereich*“ ein. Danach steht Deutschland *nach Belgien* an zweithöchster Stelle der 30 Vergleichsländer mit seinen Jahres-Arbeitskosten von 42 949 Dollar gemäß errechneter Kaufkraftparität. Von diesen *Arbeitskosten* entfallen in Deutschland im Jahre 2003 52 % auf Einkommenssteuern (17 %) und auf Sozialabgaben *einschl. der Arbeitgeberbeiträge* (ca. 35 %).

Dieser internationale Vergleich<sup>34</sup> zeigt ferner, dass die Belastungen der gesamten *Arbeitskosten* in Deutschland jeweils allein durch Einkommensteuern (17 %) oder allein durch die sozialen Arbeitgeberbeiträge (17 %) *im Mittelfeld* liegen. Der Anteil der Arbeitgeberbeiträge an den Arbeitskosten ist in einigen Ländern (für 2003) deutlich höher als in Deutschland (17 %), so z. B. in Belgien 23 %, in Italien 25 %, in Frankreich 29 %, in Österreich 23 %, in Schweden 25 % und in Finnland 19 %. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die *hektischen* Forderungen der deutschen Unternehmerlobby nach drastischen Senkungen der „Lohnnebenkosten“.

Dagegen nimmt Deutschland bei den Sozialbeiträgen der *Arbeitnehmer* an den Arbeitskosten (17 %) nach Polen und den Niederlanden den dritthöchsten Platz der 30 Vergleichsländer ein. Dies hängt u. a. mit der Höhe der deutschen Sozialleistungsquote am BIP zusammen, die einen der Spitzenplätze im EU-Vergleich (neben Frankreich) belegt und stärker als in anderen Ländern die Arbeitnehmerbeiträge belastet.

Die faktische Überbewertung der Höhe der deutschen *Arbeitgeberbeiträge* zur sozialen Sicherheit („Schuld sind die zu hohen Lohnnebenkosten!“) hat hingegen den öffentlichen Eindruck entstehen lassen, dass gerade dieser Anteil von 17 % die deutschen Arbeitskosten stark *überhöht*

– was nach der zitierten statistischen Datenlage nicht überzeugen kann. Hier spielt auch die Tatsache eine wichtige Rolle, *dass die Höhe der nationalen Arbeitskosten (gemäß obiger Definition) insgesamt durch die Höhe der nationalen Produktivitäten bestimmt wird, denn die Arbeitskosten sind gemäß der jeweiligen volkswirtschaftlichen Primärverteilung immer in den nationalen Lohnquoten enthalten.*

Damit stellen sie auch keinen originären Profitbestandteil dar, der den Arbeitgebern *vorenthalten* wird. Dies generell zum Medienspektakel über „zu hohe gesetzliche Lohnnebenkosten“ in Deutschland, das inzwischen von der Parteipolitik weitgehend verinnerlicht wurde. Bekanntlich ist auch vom Bundeskanzler Schröder die „Agenda 2010“ mit „zu hohen deutschen Lohnnebenkosten“ *schwerpunktmäßig* legitimiert worden.

Bezieht man die Arbeitgeberanteile auf die gesamten staatlichen „Sozialschutzleistungen“, so zeigt sich für 2002 im EU-Vergleich für Deutschland eine *unterdurchschnittliche* Höhe dieses Finanzierungsanteils mit 37,0 % gegenüber der EU-15 mit 38,9 % (BIP-Anteil). Dagegen sind die Arbeitgeber in Schweden (41,7 %), Italien (42,3 %), Frankreich (45,9 %), Belgien (50,1 %) und Spanien (53,9 %) für 2002 relativ zum BIP *wesentlich* höher an der gesamten Finanzierung der staatlichen „Sozialschutzleistungen“ beteiligt.<sup>35</sup> Dies betrifft generell die unternehmensbezogenen „Lohnnebenkosten“ als Bestandteil der Arbeitskosten im BIP. *Es zeigt dies, dass die höheren BIP-Anteile ihrer nationalen Arbeitgeberbeiträge die relativen Wettbewerbspositionen der EU-Vergleichsländer keineswegs „unerträglich“ belastet haben können.*

Es ist daher voll vertretbar, die deutschen Arbeitskosten *nur* in Relation zur nationalen Produktivität zu bewerten - also in Form des Ausdrucks nationaler „Lohnstückkosten“. Dies zeigt, ob sich die Arbeitskosten *schneller oder langsamer* als die nationale Produktivität erhöhen, und allein in dieser Relation kann ein sachlich begründetes Urteil über die deutschen Arbeitskosten auch *im internationalen Vergleich* abgegeben werden.

Zur Entwicklung der deutschen *Lohnstückkosten* im *internationalen* Vergleich: Zunächst die bundesoffiziellen Ergebnisse bis zum Jahre 2003. Dort werden Angaben in nationaler *und* in einheitlicher Währung auf nominaler Lohnkostenbasis verglichen. Außerdem gibt es einen Ausweis realer Lohnstückkosten.<sup>36</sup> Die Ergebnisse fallen daher hinsichtlich des Anstiegs der Lohnstückkosten jeweils unterschiedlich aus. Nimmt man die Bewertung zu nominalen nationalen Arbeitskosten, dann liegt Deutschland mit einer Steigerung zwischen 1993 und 2003 auf 106,9 % ganz deutlich *unter* dem EU-15-Durchschnitt von 116,8 %.<sup>37</sup>

Der Vergleich auf Basis des realen BIP bewirkt, dass die inflationäre Wirkung bei der Produktivität (also im Nenner des Ausdrucks) berücksichtigt wird.<sup>38</sup> Auf dieser Berechnungsbasis wird sichtbar, dass sich die deutschen Lohnstückkosten *zwischen 1993 und 2003* fast genau so abgesenkt haben, wie für den EU-15-Durchschnitt ausgewiesen – mit einer geringen nationalen Differenz um 0,4 %-Punkte zur EU-15. *Daraus folgt aber, dass von einer ungünstigen Wirkung realer Lohnstückkostenentwicklung Deutschlands auf den Marktwettbewerb in diesem Zeitraum überhaupt nicht gesprochen werden kann. Dies schließt dann auch die Wirkung der Lohnnebenkosten ein.*<sup>39</sup>

Daher schlussfolgert die oben zitierte IMK-Studie völlig zutreffend: „Von allen Ländern des Euroraums gab es in Deutschland seit dem Beginn der Währungsunion 1999 die mit deutlichem Abstand geringsten Steigerungen der Lohnstückkosten.“ (S. 5)

Wie sehr der Druck auf die deutschen Lohnnebenkosten im Grunde nur eine *Alibi-Funktion* für den weiteren Sozialabbau hat, geht auch aus der Größenordnung für die gesamten Lohnnebenkosten hervor, die lt. VGR – wie oben schon benannt – bei 222 Mrd. Euro für 2004 bemessen ist, die aber in ihrem Senkungspotenzial als gering einzustufen sein dürfte. Hiernach entspricht 1 % Senkung der absoluten Lohnnebenkosten etwa 2,22 Mrd. Euro. Um nur z. B. für 11 Mrd. Euro

an Lohnnebenkosten zu senken, müssten bereits 5 Prozent vom *absoluten* Umfang der Lohnnebenkosten reduzierbar sein. Diese 11 Mrd. Euro würden aber nur einen relativen Anteil von 1 % an der gesamten Position „Arbeitnehmerentgelt“ lt. VGR (für 2004 = 1133,2 Mrd. Euro) umfassen. Oder anders ausgedrückt: 5 % Senkung der absoluten Lohnnebenkosten führt nur zur Senkung der gesamten Arbeitskosten um 1 %.

Daher kommt der Verdacht auf, dass es der Unternehmerlobby nicht so sehr um die geringen „Einsparmöglichkeiten“ bei den „Lohnnebenkosten“ zugunsten der Profite geht, sondern um die damit verbundenen Chancen, die Steigerungen der Bruttolöhne selbst zu minimieren und außerdem die partielle Privatversicherung für Sozialleistungen zu etablieren und auszuweiten. Ihr zäher Kampf um jedes halbe Prozent der Senkung von Lohnnebenkosten ist insofern *vordergründiges* Theater, hinter dessen Kulissen sich handfeste Interessen der Sozialstaatsgegner und der privaten Versicherungswirtschaft verbergen.

Gänzlich anders ist das Potenzial zu bewerten, das sich aus einer *Lohnkostensenkung* je Arbeitsstunde ergibt, wenn die gesetzliche Arbeitszeit um 4 unbezahlte Stunden auf 42 Wochenstunden verlängert würde, wie von *Hans-Werner Sinn* (ifo-München) empfohlen wird. Der Arbeitszeitverlängerung auf 110,5 % entspricht eine Senkung der effektiven Stundenlöhne auf 90,5 %. Logisch einsehbar ist, dass die resultierende potenzielle Profiterhöhung infolge unbezahlter Mehrarbeitszeit sich nicht *zwingend* in Erweiterungsinvestitionen mit Beschäftigungszuwachs umsetzen müsste. Dies wäre auch von einer Binnenmarkterweiterung mittels Erhöhung der realen Massenkaukraft abhängig.

Tritt also keine Zunahme der Vollzeitbeschäftigten ein, sondern eine relative Freisetzung von Arbeitskräften (infolge der wöchentlichen Mehrarbeitszeit) oder nur eine Ausweitung des Niedriglohn-, Minijob- und 1-Euro-Job-Bereiches, dann fehlt es an Stabilisierung und Erhöhung der Massenkaukraft je Beschäftigten. Letzteres ergibt sich dann auch aus den rückläufigen Lohnsteuern und Sozialabgaben absolut je Durchschnittsbeschäftigten.

Hierzu ergänzend: eine Untersuchung des IAT zeigt, dass die deutsche effektive Arbeitszeit keineswegs vergleichsweise zu niedrig ist. Danach liegt Deutschland im Jahre 2002 „mit einer gewöhnlichen Jahresarbeitszeit Vollzeit-Beschäftigter von 1760 Stunden an 7. Stelle unserer untersuchten Länder, sechs Länder der Untersuchung weisen also eine niedrigere gewöhnliche Jahresarbeitszeit als Deutschland auf.“<sup>40</sup> So z. B. Frankreich (1689), Italien (1695), die Niederlande (1716), Dänemark (1732), Norwegen (1731), Finnland (1747).  
*Dies steht argumentativ eindeutig entgegen der demagogischen Empfehlung zu einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit seitens der Neoliberalen.*

---

## 7. Zur produktivitätsgerechten Lohnerhöhung

Die langjährige gewerkschaftliche „Lohnzurückhaltung“ bei der Gestaltung der Tariflöhne hat ihre unübersehbaren Auswirkungen in der rückläufigen Entwicklung der *realen Netto-Löhne* im Zeitraum zwischen 1993 und 2003 gefunden, die auf durchschnittlich 94,8 % absanken. Das entspricht einem durchschnittlichen *realen* Kaufkraftverlust von 912 Euro je beschäftigten Arbeitnehmer im Jahre 2003 im Vergleich zum Jahre 1993.<sup>41</sup> *Schon allein die Preisinflation hat also in diesem Zeitraum die nominellen Lohnzuwächse deutlich mehr als kompensiert, was ein Fiasko der gewerkschaftlichen Tariflohnpolitik darstellt und die Wucht der durchgesetzten Kapitalinteressen offenbart.*

Die ideologische Verketterung von *produktivitätsgerechter* Lohnerhöhung in der Volkswirtschaft, die grundsätzlich vom Mainstream der Wirtschaftspolitik betrieben wird, droht daher die

Restriktion des Binnenmarktes in Deutschland zu zementieren.

Dieser Suggestion zufolge wäre ein Weg, durch sozialgerechte Lohnanhebungen zu einer höheren Binnennachfrage zu gelangen, für die Unternehmen *unzumutbar* belastend. Diese Unternehmenslogik ist auf bloße Lohnkostenfixierung aus, die aus rein individuell-betriebswirtschaftlicher Sicht geboten scheint.

Dagegen bildet in *volkswirtschaftlicher* Sichtweise eine produktivitätsgerechte Lohnerhöhung die sozialgerechte Aufteilung des angestiegenen Volkseinkommens zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dies wird erreicht, wenn die faktische Lohnerhöhung der durchschnittlichen und trendmäßigen Produktivitätssteigerung einschließlich der effektiven Inflationsrate genügt. Das führt dann überhaupt *nicht* zur Veränderung der generellen Verteilungsrelationen zwischen Arbeit und Kapital. Die Gewinnquote am VE wird dann *nicht* zu Lasten der Unternehmen verändert, was gegenwärtig durch etwa 3,0 % Lohnzuwachs je Jahr erreichbar wäre.<sup>42</sup>

*Produktivitätsgerechte Lohnerhöhungen dieser Art und Höhe sind daher nur insofern „belastend“ für das Kapital, als sie verhindern, dass der gesamte Produktivitätszuwachs durch das Kapital allein angeeignet wird.* Genau darauf laufen jedoch die Intentionen der Kapitallobbyisten hinaus: künftig sollte weiterhin der gesamte Produktivitätszuwachs *allein* dem Kapital gehören, während die Arbeitnehmer sich ihre eigene Weiterbeschäftigung durch entsprechende Stundenlohnsenkung erkaufen sollten.

Folgt man der *volkswirtschaftlichen* Kreislauftheorie, kann von einem kaufkraftseitigen „Verlust“ aus Lohnerhöhungen für die *Binnenwirtschaft* generell gar keine Rede sein – alle höheren Bruttolohnbestandteile sind letztlich im wirtschaftlichen Prozess des „Endverbrauches“ immer voll beteiligt und werden damit marktseitig – gleichgültig über welche Zwischenglieder - realisiert. Dies gilt auch für den Konsum von Importgütern, deren Erlös aus deutscher Kaufkraft nicht dem Binnenmarkt verloren geht – wie manche eifrigen Exponenten behaupten – sondern zur ausländischen Gegenfinanzierung unserer Exporte dient und damit auch die Kaufkraft der Arbeitnehmer der Exportindustrie absichert bzw. auf dem Binnenmarkt realisiert. Auch eine Erhöhung der Sparquote reduziert nur sekundär die Massenkaukraft zugunsten der Bildung von rentierlichem Geldkapital, das in den wirtschaftlichen monetären Kreislauf zurückkehrt.

*Derartig begründet höhere Löhne realisieren über die Märkte immer auch die höheren Profite der Unternehmen im verflochtenen Kreislauf der Einzelkapitale – eine Einsicht, die eigentlich zu den makroökonomischen Elementarkenntnissen gehört. Wird diese Lohnsteigerung verhindert, entstehen permanente Friktionen des Binnenmarktes bei sprudelnden Exportüberschüssen auf den Außenmärkten sowie bei stagnierenden oder sinkenden Reallöhnen für die Arbeitnehmer.*

Die Argumente der Gegner einer Beeinflussung der Kaufkraft über die Lohnpolitik sind nicht neu. „Es ist paradox, dass häufig gerade diejenigen, die der Lohnpolitik jede Fähigkeit absprechen, die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu beeinflussen, im gleichen Atemzug von der Lohnpolitik unmittelbar die Eröffnung von Gewinnspielräumen (über ein Zurückbleiben hinter der Produktivitätsentwicklung) oder gar die Steuerung der Faktoreinsatzverhältnisse fordern“, zeigte das DIW schon den neoliberalen *Widersinn* vor einem Jahrzehnt auf.<sup>43</sup>

## 8. Staatsverschuldung und privates Geldvermögen

In den Jahren ab 2002 stieg die Staatschuldenquote am BIP von 60,9 % weiter auf 66,0 % (2004) stark an, und für 2005 werden bereits 68,0 % vom BMF erwartet.<sup>44</sup> Der Anstieg der Staatsschuldenquote gilt in der offiziellen Finanzwissenschaft als signifikantes Merkmal einer fehlenden „Tragfähigkeit“ der Schulden, wozu hier allerdings die ergänzende Interpretation

fehlt, welche *konkrete* Höhe diese Schuldenquote erreichen darf. Die 60 %-Grenze des „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ ist rein willkürlich und wird neuerdings auch offiziell pragmatisch relativiert.

Die Staatsverschuldung wurde zwar seit 1999 offiziell seitens der *Bundesregierung* zum wahren Bürgerschreck hochstilisiert, trotzdem ist die mit *neoliberalen Mitteln* betriebene Politik des Schuldenabbaus gescheitert.

*Der komplexe Widerspruch zwischen zu geringem deutschen Wirtschaftswachstum ab 2001, rückläufigen Direktsteuereinnahmen infolge Steuersenkungen, verkürzten öffentlichen Haushaltsausgaben, steigender Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sowie stagnierendem Binnenmarkt bei zurückbleibenden Masseneinkommen konnte mit den dominierenden Ratschlägen der Wirtschaftspolitik nicht überwunden werden. Das aktuelle System der Regulation der gesellschaftlichen Kapitalakkumulation zeigt keinen Weg aus der Stagnation des deutschen Binnenmarktes.*

Die Eskalation der zinstragenden Funktion der Staatsverschuldung im Interesse der *großen* Geldvermögensbesitzer wurde zuletzt ohnehin nicht mehr verhindert.

Die jährliche *Netto-Neuverschuldung* bis zur Höhe der *öffentlichen* Investitionen entspricht zwar dem deutschen Haushaltsrecht als tolerable Staatsfinanzierung (GG Art. 115). Jedoch wird sie von der Elite für „frevelhaft“ gehalten und sollte mittelfristig auf „Null“ reduziert werden, wodurch ein kompensatorisch höherer Mehrbedarf an Steuereinnahmen entsteht. Statt hierfür zusätzliche Steuereinnahmen abzusichern, wird durch fortgesetzte Steuersenkungen praktisch eine echte Kompensation in der Schuldenfinanzierung unmöglich gemacht – ein gravierender *Widerspruch* der praktizierten Finanzpolitik. Die dramatische Rückführung der öffentlichen Investitionen in den letzten Jahren<sup>45</sup>, insbesondere auch auf der kommunalen Ebene, zeigt die Absurdität der neoliberal intendierten Lösungsbestrebungen für ein Null-Defizit mittels sich verringernder öffentlicher Haushaltsausgaben.

Vor dem Hintergrund der steigenden Staatsverschuldung ist die enorme Steuerflucht ins Ausland sowie die unbesteuerte „Schattenwirtschaft“ eine *blutende „offene Wunde“ des Fiskus*. Für das Jahr 2003 wurde die Schattenwirtschaft in Deutschland auf ein Volumen von 370 Mrd. Euro bzw. ca. 17 % des BIP geschätzt.<sup>46</sup> Die daraus resultierenden Verluste an jährlichen *Steuereinnahmen* erreichten die Größenordnung von wenigstens 80 Mrd. Euro – das übertraf bereits den staatlichen *Netto-Transfers* von West- nach Ostdeutschland. Bezieht man die Quote der Sozialabgaben am BIP in diese Berechnung der staatlichen Verluste an Einnahmen mit ein, so steigt der Fehlbetrag für 2003 um weitere ca. 80 Mrd. Euro an – ausreichend für die Deckung der defizitären SV-Kassen und einer Anhebung der staatlichen Sozialtransfers. All dies wirft somit ein Schlaglicht auf die internen Ursachen der entstandenen gesamtstaatlichen Finanzmisere *jenseits konjunktureller Schwankungen*.

Einen *Mythos* stellen die hartnäckigen Behauptungen öffentlicher Kreise dar, die deutsche Vereinigung habe *hauptsächliche* die Staatsschuldenquote von 42,3 % (1990) in die erreichte Höhe von 66,0 % des BIP (2004) getrieben. In diesem Zeitraum sind im *internationalen* und EU-Umfeld die Staatsschuldquoten zwischen 1991 und 2004 gleichfalls stark angestiegen, ohne dass in den betreffenden Staaten eine historische Vereinigung mit vergleichbaren Belastungen erfolgte, so z. B. in Frankreich von 35,1 % auf 65,6 %, in Finnland von 14,2 % auf 45,3 %, in Griechenland von 79,6 % auf 109,3 % und in der gesamten Euro-Zone von 57,7 % auf 71,3 % des BIP.<sup>47</sup>

Nach vorliegenden kritischen Untersuchungsergebnissen waren nur ca. 300 bis 360 Mrd. Euro der absoluten deutschen Schuldzunahme von 1990 bis zum Jahre 2000 auf spezielle und eindeutige „*vereinigungsbedingte Lasten*“ zurück zu führen.<sup>48</sup> Das sind relativ ca. 30 % der Ge-

samtverschuldung bis zum Jahr 2000 oder bis zu 60 % vom *Zuwachs* der Schulden in diesem Zeitraum. Berücksichtigt man dazu noch den Anteil der gestiegenen Verschuldung des Fiskus zwischen Anfang 1991 bis Ende 2000 bei *ausländischen* Kreditgebern in Höhe von 317,9 Mrd. Euro,<sup>49</sup> der schon in der Größenordnung der „vereinigungsbedingten“ Schuldenzunahme liegt, dann kann von einer „enormen Schwächung der westdeutschen *Kernkräfte*“ infolge der Vereinigung nicht ernsthaft gesprochen werden.

Dies wird auch daraus ersichtlich, dass die jährlichen staatlichen Netto-Transfers von West nach Ost z. Z. mit ca. 70 Mrd. Euro nur wenig *über* den herbeigeführten Einnahmeverlusten aus Steuerensenkungen mit ca. 60 Mrd. Euro liegen.<sup>50</sup>

*Die jüngst in Medien verbreiteten Bezeichnungen der Vereinigung als westdeutsche „Auszehrerung“ durch West-Ost-Transfers und als exzessiv einmaliger Schuldenauftrieb erweisen sich also - auf das internationale und das ostspezifische Maß bezogen - als ein demagogisches Schreckgespenst.*

Dramatische ambivalente Effekte lösen die gestiegenen Zinslasten aus, die mit der Staatsverschuldung verbunden sind. Die „*Zinsfalle*“ ist längst zugeschnappt, wenn man die Netto-Neuverschuldungen mit den öffentlichen Investitionen und den Zinslasten vergleicht. Zum Beispiel: Im Jahre 2003 belief sich die Nettokreditaufnahme des Gesamtstaates auf 80,5 Mrd. Euro, dagegen stehen öffentliche Investitionen von 31,9 Mrd. Euro und Schuldzinsen von 65,7 Mrd. Euro.<sup>51</sup> Hiernach übersteigt die jährliche Netto-Neuverschuldung im Gesamtstaat bedeutend die Bruttoinvestitionen seiner Haushalte. Außerdem wurden 2003 bereits 81,6 % der Neuverschuldung für die Refinanzierung von Zinsausgaben beansprucht.

Aber die „moderne“ *Verketzerung* von jeglicher Staatsverschuldung ist durchaus widersprüchlich, wenn man den Drang des privaten Geldkapitals nach staatlicher Verzinsung betrachtet. Denn die Intervention der Kapitallobby für weitaus höhere Profite („Shareholder Value“) und für eine permanente Senkung der Lohnquote (am VE) läuft im nationalen wirtschaftlichen Wertschöpfungsbereich wesentlich auf eine laufende „Überakkumulation“ zur privaten (saldierte) Netto-Geldvermögensbildung hinaus. Diese „Überakkumulation“ wird privat angeeignet und speist hauptsächlich die Geldvermögensbildung *privater Haushalte* (sowie auch von Unternehmen) und deren Verwendungsanteil als kumulierende Staatsschulden – *ein gesellschaftlicher „Januskopf“ von privatem Geldvermögen und - als Rückseite - öffentlicher Verschuldung*. Der Widerspruch zwischen einer staatlichen Steuersenkungspolitik, die allein zu sinkenden Staatseinnahmen von ca. 60 Mrd. Euro<sup>52</sup> und dramatischen Finanzierungslücken bzw. resultierenden Neuverschuldungen führte, sowie der steigenden fiskalischen Zinslast wurde auf seine vorerst praktisch *unlösbar* Zuspitzung getrieben. Dies hält die Kapitallobby aber nicht davon ab, den internationalen Steuersenkungswettbewerb für Direktsteuern zu betreiben, da hierdurch zumindest als „Nebeneffekt“ der Druck auf die Bruttolöhne und den Sozialabbau erhöht werden kann.

Wie die Finanzstatistik zeigt, stiegen die (saldierte) Netto-Geldvermögen der privaten Haushalte *zwischen 1993 und 2003* von 1443,1 Mrd. Euro auf 2368,3 Mrd. Euro an.<sup>53</sup> Gleichzeitig wuchsen die Verbindlichkeiten des Staates (Kreditschulden, Anleihen) von 783,5 Mrd. Euro auf 1358,1 Mrd. Euro.<sup>54</sup>

Der Netto-Geldvermögenszuwachs der privaten Haushalte in Höhe von 925,2 Mrd. Euro in diesem Zehnjahreszeitraum 1993 bis Ende 2003 floss (direkt und über die Banken) zu einem überwiegenden Anteil in Höhe von 611,5 Mrd. Euro in die steigenden Staatsschulden. Der restliche Staatsschuldenzuwachs wurde durch den gleichzeitigen *Zuwachs* der fiskalischen *Auslandsschulden* um 327,7 Mrd. Euro als Deckungsfaktor finanziert.

Die erreichte Umverteilung von „unten nach oben“ funktionierte also zugunsten der privaten Geldvermögensbesitzer (aus dem In- und Ausland) und ihrer *Zinseinkommen* aus der Staatsver-

schuldung, die im Jahre 2003 die Höhe von 65,7 Mrd. Euro staatlicher Zinszahlungen erreichten. Durch diese Zinsen wird eine laufende Aufstockung schon gebildeter Gläubiger-Geldvermögen in *zeitgleicher* Besitzergeneration zu Lasten der Steuerzahler wirksam.

Allein im Jahre 2004 wuchs das verzinsliche Netto-Geldvermögen der Privaten Haushalte um 133 Mrd. Euro auf 2501 Mrd. Euro an.<sup>55</sup> Der gesamte Zinsgewinn daraus beträgt ca. 75 Mrd. Euro je Jahr (bei 3,0 % Zinsrate).<sup>56</sup> (Allerdings ist zu beachten, dass statistisch unter „Private Haushalte“ auch die Haushalte von Selbständigen und Ein-Personen-Firmen geführt werden.)

Jetzt sollen einige *ambivalente* Momente der Finanzmisere gegenübergestellt werden: Steuersatzsenkungen mit negativen Wirkungen auf die Haushaltseinnahmen in der Größenordnung von jährlich 60 Mrd. Euro sowie Steuerverluste durch die „Schattenwirtschaft“ in Höhe von jährlich ca. 80 Mrd. Euro stehen dem Anwachsen des privaten Netto-Geldvermögens um 133 Mrd. Euro (2004) gegenüber. Der Verlust aus den nicht eingenommenen Sozialabgaben aus der „Schattenwirtschaft“ in Höhe von ebenfalls 80 Mrd. Euro (2003) steht den steuerlichen Zuschüssen des Bundeshaushalts in die SV-Rentenkassen in Höhe von 61 Mrd. Euro (2003) gegenüber.<sup>57</sup> Die Zinszahlungen des Staates für seine Schulden in Höhe von ca. 65 Mrd. Euro *zulasten der Steuerzahler* stehen den gleich hohen Zinseinkommen der Geldvermögensbesitzer als Staatsgläubiger gegenüber. *Die „schreckliche Finanzlage“ des Fiskus wird hiermit in ihrer inneren Wechselseitigkeit transparenter.*

Jedes Geldvermögen in zinstragender Anlage benötigt als Gläubigerkapital auch immer seine volkswirtschaftlichen Schuldner für die Zinsleistungen. Eine effektive Gesamtschuldentilgung des Staates wirft die Frage auf, *wer* sich in der Höhe der zurückgezahlten privaten Netto-Geldvermögen dann an Stelle des Staates *vollkompensatorisch* zum Schuldner des Kreditsektors machen sollte, ohne welches entsprechende bisherige Zinseinkommen für Private Haushalte illusorisch sind. Schließlich ist auch das Problem zu lösen, wie der enorme *Auslandsanteil* von ca. 40 % an den fiskalischen Gesamtschulden getilgt werden soll, der einen spürbaren Abzug vom im Inland verfügbaren deutschen Volkseinkommen zugunsten der ausländischen Kreditgläubiger darstellen würde.<sup>58</sup>

Gleichzeitig wird zunehmend einsehbar, dass die gewaltige öffentliche Verschuldung von 1430,0 Mrd. Euro (2004), die privat angelegtes Geldvermögen repräsentiert, *insgesamt oder total* überhaupt nicht an die Gläubiger „getilgt“ werden könnte – denn dann müsste sich zuvor dieses Finanzvolumen beim Staat ratenweise für den Rückkauf der Schuldpapiere *disponibel* verfügen lassen. Das aber steht im absoluten Widerspruch zur niedrigen deutschen Steuerquote, zur einseitigen Senkungspolitik von Direktsteuern und zur stagnierenden Wachstumstendenz des BIP.

Um diese Folgerung zu übertünchen, wird neuerdings eine zusätzliche gewaltige Bedrohungskulisse aus den in die Zukunft verschobenen staatlichen Zahlungsverpflichtungen aus Steuern infolge der **Pensionen** für das deutsche Beamtensystem aufgebaut. Das künftige deutsche Haushaltssystem wird von daher gleichermaßen vor unlösbare Probleme in einem Staatswesen gestellt, das seinen wirtschaftspolitischen *Ehrgeiz* in weiter sinkenden Direktsteuereinnahmen manifestiert. Selbst ein rigoroser *Abbau* des beitragsfinanzierten staatlichen SV-Systems („Sozialstaat“) kann diese enorme spezifische Anforderungskulisse des deutschen beamtenrechtlichen „Pensionsstaates“ nicht mehr wirklich entschärfen. Dabei erscheint der generelle Unterschied einer obligatorischen Steuerfinanzierung der Beamtenpensionen vergessen zu sein, die *nicht* auf Sozialabgaben basiert.

Indem also die zukünftige Belastung von Generationen durch die Pensionslast für Beamte herausgestellt wird, wird gleichzeitig von der enormen Geldvermögensbildung durch die Staatsverschuldung in der bestehenden Generation abgelenkt.

*Die Ambivalenz einer staatlichen effektiven Gesamtverschuldung ist offensichtlich, jedoch ist*

*dies nur der Reflex des ambivalenten Kapitalprofitsystems im Zeitalter des zinsorientierten Rentierkapitalismus schlechthin, aus dem der Neoliberalismus keinen logisch konsistenten Ausweg weisen kann. Rückführungen der Staatsschuldensumme plus jährliche Zinszahlungen führen in eine irreal Dimension und Zeitdauer für jede effektive Gesamttilgung.*

Abschließend ist noch auf die Verdächtigung einzugehen, die politische Linke sei auf eine *unbegrenzte* Weiterverschuldung des Staates aus, insofern von ihr neue, wenn auch begrenzte Konjunkturprogramme eingefordert werden. Dies ist schon aus dem Grunde abwegig, weil die Linke nicht eine *unbegrenzt hohe* Umverteilung von „unten nach oben“ im Zuge der Zinseszinsfunktion der privaten Netto-Geldvermögen tolerieren kann. *Die zunehmende, extreme Konzentration von Netto-Geldvermögen in den Händen der obersten Einkommensgruppen ist ein Prozess, der dem gesellschaftlichen Leitbild der politischen Linken zutiefst widerspricht.* Insofern ist der Linken keineswegs zu unterstellen, sie mache aus der zeitweiligen fiskalischen Finanznot eine reine immerwährende Verschuldungstugend des Staates, die erkennbar zur unerträglichen sozialen Polarisierung führen muss.

Rein konjunkturelle Rückschläge der Wirtschaft mit einer zielgerichteten Neuverschuldung in eng begrenzter Höhe zu überwinden, dürfte letztlich aber auch im *kurzfristigen* Interesse der Unternehmerverbände und des vagabundierenden oder Anlage suchenden Geldkapitals liegen – wenn man beachtet, dass damit die o. g. komplexen ökonomischen Widersprüche *nicht nachhaltig aufgelöst* werden können. Das Ziel kann auch für die Linke nur darin bestehen, die Steuerpolitik so zu ändern, dass die mittelfristige Stabilisierung der Staatsschuldenquote am BIP erreichbar wird. *Erst bei hinreichendem Wirtschaftswachstum und Verzicht auf permanente Steuersatzsenkungen sowie bei starker Einschränkung der Steuerhinterziehung ergibt sich dann die objektive Chance, mittels proportional steigender Steuereinnahmen aus der Staatsverschuldungsquote schrittweise „herauszuwachsen“.* Das Tempo des Rückgangs der Verschuldungsquote wird nicht zuletzt auch durch das internationale Umfeld der Steuer- und Zinspolitiken der OECD-Staatengruppe mitbestimmt, die eine ähnliche Problemlage haben.

+ + +

Die vorstehende Darlegung von statistischen Fakten einerseits und der *inneren Widersprüche* der neoliberal eingefärbten Logik andererseits ist eine Teilanalyse zur gesellschaftlichen Realität und ihren Herausforderungen. Sie zeigt auch die Bedingtheit von fiskalischen Kompromissen für linke alternative Politik. Das Ringen um die links-alternative Lösung der Probleme einer „sozialverträglichen Steuerung der Finanzmärkte und der Kapitalakkumulation“ als *Leitbild* gesellschaftlicher Akteure ist noch in vollem Fluss und bedarf weiterer theoretisch-programmatischer Anstrengungen der Linken <sup>59</sup>, auf die hier nur verwiesen werden kann.

---

#### Knappe Literaturlauswahl:

*Aus vorwiegend anti-neoliberalen Sicht*

AG „Alternative Wirtschaftspolitik“, „Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzerngesellschaft“, PapyRossa 2005  
Bofinger, Peter, „Wir sind besser als wir glauben“, PEARSON Studium 2005  
Bontrup, Heinz-J., „Arbeit, Kapital und Staat“, PapyRossa 2005  
Horn, G. A., „Die deutsche Krankheit – Sparwut und Sozialabbau“, Hanser 2005  
Löpfe/Vontobel, „Der Irrsinn der Reformen“, orell füssli Verlag 2005  
Müller, Albrecht, „Die Reformlüge“, Droemer 2004  
Steinitz, Klaus, „Chancen für eine alternative Entwicklung“, VSA-Verlag 2005

*Aus eindeutig neoliberaler Sicht:*

Siebert, Horst, „Jenseits des sozialen Marktes“, DVA 2005  
Sinn, Hans-Werner, „Ist Deutschland noch zu retten“, Econ Neu-Auflage

## Endnoten:

---

- 1 BMF, Monatsbericht Juni 2005, S. 92
- 2 Die Differenz zur zuvor zitierten Angabe für Deutschland aus demselben BMF-Bericht resultiert aus der unterschiedlichen Abgrenzung zwischen international vergleichbarer OECD- und deutscher VGR-Statistik.
- 3 BMF, Monatsbericht Juni 2005, S. 98
- 4 BMF, Monatsbericht Juni 2005, S. 97
- 5 Hierzu zählen u. a. Zuschüsse in die SV-Rentenkassen (61 Mrd. Euro im Jahre 2003) sowie direkte Zahlungen für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit (45,5 Mrd. Euro im Jahre 2003).
- 6 BMGS, „Sozialbudget 2003“, Tab. II-4, II-1
- 7 BMGS, „Sozialbudget 2003“, Tab. I-1
- 8 Nach Eurostat-Angaben, <http://epp.eurostat.oec.eu.int/portal/> Tab. Sozialschutzleistungen insg.
- 9 Siehe <http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/> Tab. Sozialschutzleistungen je Kopf in KKS
- 10 A. Kemmerling, „Die Messung des Sozialstaates“, Discussion Paper FS I 01 – 201, WZ Berlin für Sozialforschung, 2001, S 6
- 11 Die langfristige Preisinflation wird absehbar durch kurzfristige Deflationsphasen zwar verzögert, aber in ihren permanenten Ursachen nicht außer Funktion gesetzt.
- 12 Siehe: <http://www.oecd.org/>; Dokument „Taxing wages 2003“ Tab. 1.2
- 13 BMGS, „Statistisches Taschenbuch 2004“, Tab. 5.14 bis 5.18
- 14 BMGS, „Statistisches Taschenbuch 2004“, Tab. 1.14
- 15 BMGS, „Statistisches Taschenbuch 2004“, Tab. 7.7
- 16 BMF, Monatsbericht Juni 2005, S. 105
- 17 Indirekte Angaben, weil hierzu nur direkt die Differenz aus BIP und Lohnanteil, also der als „Betriebsüberschuss“ benannte Erlösanteil quantifiziert vorliegt. Siehe: BMGS, „Statistisches Taschenbuch 2004“, Tab. 9.7
- 18 Destatis, „Statistisches Jahrbuch 2004 für das Ausland“, S. 358 ff.
- 19 BMGS, „Statistisches Taschenbuch 2004“, Tab. 1.10
- 20 BMGS, „Statistisches Taschenbuch 2004“, Tab. 1.2
- 21 DGB, Stellungnahme vom 14. Juni 2005 zur Anhörung vor dem Finanzausschuss, S. 5
- 22 WSI-Mitteilungen, Nr. 11/2004, S. 586 Tabelle 4
- 23 Jarass/Obermair, „Privater Reichtum und öffentliche Armut“, März 2005  
[http://www.jarass.com/jarass.de/dat/pub/0904/DGB\\_Steuerpolitik.pdf](http://www.jarass.com/jarass.de/dat/pub/0904/DGB_Steuerpolitik.pdf), S. 4
- 24 Jarass/Obermair, HWWA-„Wirtschaftsdienst“, Nr. 3/2004, S. 154
- 25 BMF, Monatsbericht Januar 2005, S. 42/43. In einem Vergleich des BMF zwischen den Regelungen der österreichischen und deutschen Unternehmensbesteuerung kommt der Autor zu dem Fazit, „dass der Standort Deutschland – auch aus steuerpolitischer Sicht - weit besser ist als vielfach behauptet wird.“ (BMF, Monatsbericht Juli 2005, S. 83)
- 26 Jarass/Obermair, „Privater Reichtum und öffentliche Armut usw.“, Studie für den DGB vom 3.11.2004, Tabelle 1.
- 27 Siehe: OECD-Factbook 2005, Tab. 09-03-01-t02.xls; Angaben als BIP-Anteil in %.
- 28 BMF, Monatsbericht Januar 2005, S. 48/49
- 29 Deutsche Bundesbank, Statistische Sonderveröffentlichung 4, September 2004, S. 23, „Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2003“, Sept. 2004
- 30 BMF, Datensammlung zur Steuerpolitik 2004, S. 58
- 31 Siehe: VGR für 2004, Destatis-Sonderdruck Juni 2005, Tab. 6
- 32 Hans-Böckler-Stiftung, IMK-Report Nr.1/2005, Tab. 3
- 33 Siehe: <http://www.oecd.org/> Dokument „Taxing wages 2003“
- 34 Siehe: OECD, a.a.O., „Taxing wages 2003“, Tab. I.3
- 35 Siehe: <http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/> Tab. „Sozialschutzeinnahmen nach Einnahmeart“
- 36 Das DIW definiert die „realen Lohnstückkosten“ als Quotient aus den nominalen Arbeitskosten und dem nominalen BIP, dagegen die „nominalen Lohnstückkosten“ als Produkt der „realen Lohnstückkosten“ und einem Faktor „Preisindex“. (DIW-Wochenbericht Nr. 14/2004, S. 162)
- 37 BMGS, „Statistisches Taschenbuch 2004“, Tab. 9.8 und 9.10; die o. a. Angaben wurden umbasiert auf die Basis 1993 = 100 %.
- 38 Ich folge hier der parametrischen Ansatzbildung des DIW in: DIW-Wochenbericht Nr. 14/2004, S.162
- 39 Auch das DIW stellte zum Jahresanfang 2003 fest, dass „überhaupt keine zusätzliche Kostenbelastung und damit Renditeschmälerungen für die Unternehmen von den Lohnnebenkosten ausgegangen“ sind. (DIW-Wochenbericht Nr. 1-2/2003, S. 34)
- 40 Institut für Arbeit und Technik, IAT-Report 2004-3, S. 6
- 41 BMGS, „Statistisches Taschenbuch 2004“, Tab. 1.15

- 
- 42 Um rechnerisch zu demonstrieren, dass es kaum realen Produktivitätszuwachs gibt, kommt *Prof. Sinn* auf den Dreh, die „Stunden für eingesparte und verdrängte Arbeitszeiten“ in den *Nenner* der volkswirtschaftlichen Stundenleistung beim Ausdruck „Produktivität“ mit einzubeziehen. So *kann* es dann natürlich auch kaum einen Grund für begründete Lohnerhöhungen geben. (Sinn, 2003, S. 97)
- 43 DIW, Wochenbericht 30/95, S. 517
- 44 BMF, Monatsbericht Juni 2005, S. 96
- 45 Zwischen 1998 und 2004 gingen die investiven Ausgaben des Bundes von 29,2 auf 22,4 Mrd. Euro zurück. (BMF, Monatsbericht Juni 2005, S. 91) Bis 2009 sollen die Bundesinvestitionen noch weiter um 1,1 Mrd. Euro auf 21,3 Mrd. Euro zurückgehen. (BMF, Finanzplan 2007 bis 2009)
- 46 BMF, „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, Februar 2005, Grafik und Tabelle
- 47 BMF, Monatsbericht Juni 2005, S. 96
- 48 Busch, Ulrich, „Am Tropf“, trafo Verlag 2002, S. 255; siehe auch: Karl Mai, „Zur Staatsverschuldung infolge der deutschen Einigung“, Manuskript, Internetfassung, [www.memo.uni-bremen.de/docs/m32002.pdf](http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m32002.pdf)
- 49 [www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de) , /Datenbank langer Zeitreihen/bbk\_bq1715
- 50 IWH, „Wirtschaft im Wandel“, Nr. 5/2005, S. 132 (Tabelle).
- 51 Bundesbank, Monatsbericht S. 53 \* Tabelle VIII.1 und 57 \* Tabelle VIII.8
- 52 Der Betrag gilt für den Zeitpunkt bei Verabschiedung der Gesetze.
- 53 Bundesbank, Statistische Sonderveröffentlichung Nr. 4, S.25 „Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2003“, Sept. 2004
- 54 Bundesbankbericht, Monat Juni 2005, S. 57 \*
- 55 Bundesbankbericht, Monat Juni 2005, S. 28
- 56 Die VGR gibt für 2004 die Zinsgewinne der Privaten Haushalte mit exakt 74,39 Mrd. Euro an. Siehe: Destatis-Sonderdruck Juni 2005, Tab. 6
- 57 Siehe: VDR, „Rentenversicherung in Zahlen 2004“, S. 12
- 58 Die privaten Auslandsguthaben der deutschen Staatsbürger und deutscher Unternehmen können m. E. nicht als Ausgleichsfaktor bei der Ablösung *fiskalischer* Auslandsverschuldung herangezogen werden.
- 59 So z. B. *Klaus Steinitz* (2005), „Chancen für eine alternative Entwicklung“, VSA-Verlag sowie *Joachim Bischoff*, „Die SPD und die Zerstörung des ‚Rheinischen Kapitalismus‘, Beiheft zu „Sozialismus“ Nr. 7/2005